

Debatte um Naturpark plus entzweit Politiker und Bürger in Paderborn

„Grüne kritisieren Nationalpark plus im Kreis Paderborn - Kosten, Eigentumsverhältnisse und ökologische Folgen im Fokus. Infos zur Debatte und Stellungnahmen von Beteiligten.“

Grüne kritisieren Naturpark plus als nachteilsbehaftet

In einer aktuellen Entwicklung kritisieren Mitglieder der Grünen Kreistagsfraktion den Vorschlag eines Naturparks plus als nachteilig für die Region. Die Diskussion entzündete sich anlässlich einer Anfrage an den Landrat, die sich mit der Definition, den Kosten, den Eigentumsverhältnissen der betroffenen Flächen, dem Zeitplan, den Zielgruppen und dem wirtschaftlichen Nutzen dieses Konzepts befasst.

Im Vergleich zu einem Nationalpark, den die Grünen favorisiert hatten, sehen sie erhebliche Unterschiede. Während ein Nationalpark vollständig vom Land NRW finanziert worden wäre, müssten die Bürger des Kreises Paderborn allein die Kosten für den geplanten Naturpark plus tragen. Mögliche Fördermittel könnten hierbei nur bedingt zur Entlastung beitragen.

Ein zentraler Kritikpunkt der Grünen betrifft die unklare ökologische Auswirkung des Konzepts. Besonders die Frage nach dem Umgang mit den landwirtschaftlichen Flächen im aktuellen Naturpark lässt Raum für Bedenken. Im Gegensatz zu einem Nationalpark befürchten sie mögliche Einschränkungen für die Landwirtschaft in Form von Pufferzonen.

Darüber hinaus äußerte sich Jörg Schlöter, stellvertretender Landrat und Mitglied der Grünen Kreistagsfraktion, skeptisch gegenüber Vorschlägen zur Vernässung von Waldgebieten. Solche Maßnahmen sollten laut Schlöter bereits im alltäglichen Naturschutz integriert sein. Kritik äußerte er auch am Fehlen des Landrats bei fachkundigen Führungen durch die Egge, die bereits von Befürwortern des Nationalparks organisiert wurden.

Die FDP im Landtag forderte in diesem Zusammenhang, die Suche nach einem zweiten Nationalpark einzustellen. Sie argumentierte damit, dass die Bürgerentscheide in den Kreisen Paderborn und Höxter abgelehnt wurden, während ein Bürgerbegehren im Hochsauerlandkreis an der nötigen Mehrheit scheiterte. Die CDU, die formal dem Koalitionsvertrag und einem zweiten Nationalpark zugestimmt hat, wird jedoch von eigenen Landtagsmitgliedern aus den betroffenen Wahlkreisen daran gehindert, dieses Vorhaben umzusetzen.

NAG

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de